



Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen). Alle sechs Wochen der Sommerferien waren Remchinger Grundschüler bisher betreut. Während das Personal der Schulkindbetreuung die erste sowie die letzten zwei Wochen übernahm, wurden die mittleren drei Wochen bisher über Ehrenamtliche und Studierende abgedeckt. Die Studierenden organisieren das Programm, die Verwaltung übernimmt die übergeordnete Organisation. Mit dem seit diesem Schuljahr geltenden Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung geht auch das Recht für Kommunen einher, die Betreuung in den Ferien an insgesamt 20 Schließtagen im Jahr auszusetzen. Dem wollte die Verwaltung folgen und zusätzlich zu 5 Tagen an Weihnachten auch an 15 Tagen im Sommer schließen. Die Suche nach Personal für die Sommerzeit habe sich in den letzten Jahren immer schwieriger gestaltet, obwohl sich die Verwaltung sehr bemühe, Azubis und Studierende einbinde und auch direkt bei den Hochschulen in Karlsruhe nachfrage. „Wir bieten extrem viel für Kinder. Uns allen liegen sie am Herzen. Ich bitte daher um eine sachliche Diskussion. Behauptungen, die Gemeinde würde die Finanzlage auf dem Rücken der Kinder austragen, sind falsch“, erklärte Bürgermeisterin Julia Wieland vorab. Ein Defizit von 5.200 Euro ist 2026 für die drei betroffenen Wochen entstanden.

Mehrere Gemeinderäte plädierten dafür, die Schließtage der Schulkindbetreuung mit denen der kommunalen Kitas sowie bestmöglich auch der evangelischen Kitas zu vereinheitlichen. So kämen Eltern mit einem schulpflichtigen und einem Kita-Kind nicht in die Not, gleich mehrere Wochen überbrücken zu müssen. „Derzeit läuft es in unseren Kitas richtig gut“, gab Britta Hoffmann, Leiterin des Amts für Bildung und Familie, zu Bedenken. Sie befürchte, das Personal könne sich anderweitig umschauchen, wenn man die Schließtage vereinheitliche, die bisher in den Kitas mit dem Personal abgestimmt wurden. Gemeinderat Martin Rothweiler (Freie Wähler) betonte: „Kürzungen tun immer weh, egal in welcher Höhe. Irgendwo muss man mit dem Sparen anfangen. Nur weil man Gegenwind bekommt, kann man nicht immer nachgeben.“ 2027 soll die Verwaltung versuchen, die Betreuung noch aufrecht zu erhalten. Ab 2028 soll angestrebt werden, die Schließtage zu vereinheitlichen. „Wir wollen

Verbindlichkeit und Verlässlichkeit für die Eltern. Wenn wir nicht ausreichend Personal finden, müssen wir die Betreuung kurzfristig absagen“, so Wieland. Wenn man die drei Wochen mit Stammpersonal überbrücken wolle, bräuchte es zusätzliches Personal. 27.000 bis 28.000 Euro kostet eine Kernzeitkraft im Jahr.

Interimssporthalle wird verkauft

Während der Sanierungsarbeiten an der Singener Sport- und Schwimmhalle konnte der Sportunterricht in der Alu-Halle neben dem Gebäude ersatzweise stattfinden. Die Halle wurde von der Gemeinde beschafft und einige Anpassungen vorgenommen, darunter Umkleiden, Lager für Sportgeräte, Anprallschutz und Vordächer. Hinzu kamen Kosten für den Aufbau, die Herstellung einer Baustraße sowie die Erstellung einer Baugenehmigung. Die Gesamtkosten lagen am Ende bei rund 248.000 Euro.

Da weder Remchinger Vereine noch der ehemalige Verkäufer Interesse am Kauf der Halle zeigten, sprach Bürgermeisterin Wieland andere Gemeinden an. Die Gemeinde Karlsbad plant die Sanierung einer Turnhalle und braucht für die Dauer der Bauphase eine Zelthalle. 100.000 Euro würde sie die Remchinger Halle kosten. Hinzu kämen die Kosten für den Abbau und den Transport. Gemeinderätin Gabriele Ulrich (Grüne) erkundigte sich nach den Gründen, warum der Verkaufspreis im Vergleich so niedrig sei. Wieland erklärte, dass die Halle nach zwei Jahren abgenutzt sei und deutliche Gebrauchsspuren aufweise. Der Gemeinderat stimmte dem Verkauf zu.

Ebenso beschloss der Rat die neue Badeordnung für das Hallenbad mit einer Ergänzung von Gemeinderätin Ute Praefcke (Bürgerliste) zum Thema Personenkontrolle. Einig war sich der Remchinger Gemeinderat auch darin, sich nicht an der Gründung einer Energiegesellschaft zu beteiligen. Neben den Stadtwerken Pforzheim und der Energie Calw haben die Stadtwerke Mühlacker in vergangenen Sitzungen ihre Konzepte vorgestellt. Aus Sicht der Verwaltung besteht aktuell keine Notwendigkeit, sich an einer Energiegesellschaft zu beteiligen. Es handle sich um eine freiwillige Aufgabe, die unter anderem Personal und Zeit binde.

Die Freien Wähler beantragten, dass der Betrieb einer temporären Videoüberwachung am Spielplatz in Wilferdinger Straße geprüft werden soll. Anlass seien mehrere Vorfälle, die die Polizei auf den Plan riefen. Die Überwachung solle räumlich und zeitlich begrenzt stattfinden, beispielsweise zwischen 18:00 und 04:00 Uhr nachts. Bürgermeisterin Wieland berichtete, dass sie dazu bereits im Austausch mit der Polizei sei.